

Einen verlässlichen Rahmen für die Inklusion geben!

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag
Nordrhein-Westfalen
gehalten am 29. Juni 2011

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

Sie, sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann, sind Mitglied einer Landesregierung, die keine politische Mehrheit hat. Deshalb verfolgen Sie auf vielen Politikfeldern einen Verzögerungskurs. Sie vermeiden das Parlament, Sie regieren mit Erlassen und Experimentierklauseln, Sie kündigen an und setzen nicht um. Uns könnte das ja recht sein, denn so bleibt manches Unausgegrenzte liegen. Und dennoch ist Ihre Strategie ärgerlich, denn sie führt erkennbar dazu, dass auch dort Stillstand eintritt, wo dringend Bewegung sein müsste.

Unser heutiger Antrag dient dazu, Ihnen auf die Sprünge zu helfen. Und zwar in einem Politikbereich, in dem wir uns im Grundsatz und im Ziel mit Ihnen einig wissen. Fast alle hier im Landtag wollen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Und wir wollen dies insbesondere in den Schulen. Dazu haben wir bereits im letzten Jahr einstimmig einen Beschluss gefasst. Aber jetzt, sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann, jetzt zögert die Landesregierung. Natürlich weiß auch ich, weiß die CDU, wie hochkomplex die Aufgabe ist. Und auch wir wissen, dass nicht alles, was Not

täte, von heute auf morgen befriedigend umgesetzt werden kann. Aber das darf doch kein Grund sein, sich vor Entscheidungen zu drücken. Im Gegenteil: Es gilt für die Landesregierung, Klarheit zu schaffen. Die Eltern von Kindern mit Behinderungen warten auf Antworten, die Schulen vor Ort warten auf Antworten, und auch die Kommunen warten auf Antworten. Leider wartet die Landesregierung auch:

Das Anmeldeverfahren für die Sekundarstufe I, das nach dem Landtagsbeschluss stattgefunden hat, haben Sie einfach so laufen lassen. Im Kabinett hat sich der Sozialminister – seine Zuständigkeit auf merkwürdige Weise reklamierend – auf das Thema gesetzt und ein dickes theoretisches Papier präsentiert, über das die Praktiker nur den Kopf schütteln. Gutachter wurden beauftragt, jetzt, zu Fragestellungen, die schon im Herbst letzten Jahres bestanden. Und ein vernünftiger Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden hat noch nicht einmal begonnen! Wer Inklusion will, der muss auch Ja sagen zu Integrationshelferinnen und -helfern. Was Sie jedenfalls dazu bisher den Kommunen geschrieben haben, war *nicht* hilfreich.

Und den Inklusionsplan, den Sie, Frau Ministerin Löhrmann, und Ihre Leute gerne allenthalben zitieren, diesen Inklusionsplan für die Schulen, den gibt es bis heute gar nicht. Aber das ganze Gerede darüber weckt natürlich bei den Eltern und in den Schulen Erwartungen und führt die Menschen in die Irre. Das ist unfair.

Die betroffenen Menschen können Ehrlichkeit erwarten und einen klaren Zeitplan. Was will diese Landesregierung bis wann tun, um

die Inklusion in den Schulen endlich auf den Weg zu bringen? Wann kommt ein Gesetzentwurf, und welche Fragen wird dieses Gesetz regeln? Und – am wichtigsten im Moment – welche Sofortmaßnahmen werden ergriffen? Und hier reicht der Hinweis auf irgendwelche Gutachten und auf dicke Papiere eben *nicht*. Das Mindeste, was es schon längst hätte geben müssen, das wäre ein Beratungs- und Hilfestellungssystem für die Eltern und für die Schulen. Mit Ausnahme *eines* Erlasses mit Appellcharakter und *eines* armseligen unterrichtsfreien Tages für Fortbildung an den Schulen, die gemeinsames Lernen neu einrichten, gibt es nichts und wieder nichts. Die benötigte Fortbildung für Lehrer hängt völlig durch. Das, sehr geehrte Frau Ministerin, nenne ich schuldhaftes Zögern.

Sie sind in der Verantwortung! Der können Sie auch nicht entgehen, indem Sie, wie geschehen, nach beliebtem Muster auf den Bund zeigen. Wir sind ja bei Ihnen, wenn es darum geht, den Bund an Konnexitätsfragen in Zusammenhang mit seinem Beitritt zur UN-Konvention zu erinnern. Aber das Land hat doch auch eine *eigene* Verantwortung. Und die muss es annehmen.

Der Weg, den wir gehen wollen, den haben wir hier alle gemeinsam beschrieben. Wir von der CDU wollen auch helfen, dass wir endlich vorankommen. Voraussetzung ist aber, dass die Landesregierung endlich in die Pötte kommt. Bitte weniger Verballyrik und mehr Handlungsprosa!

Ich danke Ihnen.